



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Ausgabe 12/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesverfassungsgerichtshof hat in der letzten Woche ein – auch für Bochum – weitreichendes Urteil gefällt. Die 2,5%-Sperrklausel für Kommunalwahlen wurde gekippt. Eine Entscheidung, die wir gerne anders gesehen hätten, denn unser Ziel war es ja, mit einer Sperrklausel die Handlungsfähigkeit der Räte ab der nächsten Kommunalwahl zu stärken. Die Auswirkungen auf den in Bochum ohnehin schon zersplitterten Rat bleiben abzuwarten.

Auch in den Wahlkreisen gab es wieder interessante Termine, so hatten am „Tag der freien Schulen“ Privatschulen in ganz NRW Politikerinnen und Politiker zu sich eingeladen, um ihre Arbeit kennen zu lernen. Wir waren bei der Christopherus Schule in Gerthe zu Gast, die Schülerinnen und Schüler von der 1. Klasse bis zur Oberstufe auf der Grundlage der Waldorfpädagogik unterrichtet.

Gerne möchten wir Euch heute auf eine Gedenkveranstaltung für Josef Kappius am 13. Dezember aufmerksam machen - Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, nach dem 2. Weltkrieg engagierter sozialdemokratischer Politiker und Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Die Details zur Veranstaltung findet Ihr auf Seite 4.

Im Landtag zeigt die neue Landesregierung auch weiterhin ihre Planlosigkeit. Bei der Rücknahme des Sozialtickets rudert sie halbherzig zurück und kürzt darüber hinaus Programme für Langzeitarbeitslose. Bereits seit 20 Jahren gibt es in NRW Integrationsräte, um auch nicht-deutschen Staatsbürgern auf kommunalpolitischer Ebene eine Interessenvertretung zu ermöglichen. Warum die schwarz-gelbe Landesregierung die Verpflichtung zur Einrichtung dieser kommunalen Pflichtgremien nun in Frage stellt, erschließt sich uns nicht. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb den Erhalt der Integrationsräte und zukünftig stärkere Beteiligungsmöglichkeiten.

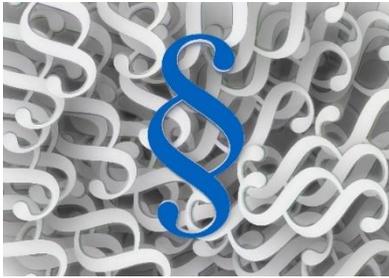
Viel Spaß beim Lesen!

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

Landesverfassungsgericht kippt 2,5%-Sperrklausel



Das [Landesverfassungsgericht hat jetzt entschieden](#): Die von SPD, Grünen und CDU in der letzten Legislaturperiode gemeinsam verabschiedete moderate 2,5%-Sperrklausel ist nicht rechtens. Ein Urteil, das aus unserer Sicht die Situation - auch in unserer Stadt - für die ehrenamtlich arbeitenden Ratsmitglieder nicht erleichtert. Ganz im Gegenteil, auch nach der nächsten Ratswahl wird es, mit hoher Wahrscheinlichkeit, eine Stadtverordnetenversammlung mit vielen Parteien und Gruppierungen geben. Die daraus

resultierenden Auswirkungen liegen auf der Hand.

Zur Erinnerung: Bereits seit 1999 gibt es in NRW in den Stadt- und Gemeinderäten keine Sperrklausel mehr. Das hat zu Effekten geführt, die man gut in Bochum beobachten kann. Räte sind heute bunter und differenzierter zusammengesetzt, teilweise hat sich die Anzahl der im Rat vertretenen Parteien nahezu verdoppelt. Feste Mehrheitsverhältnisse sind deshalb heute schon in vielen Städten und Gemeinden Mangelware. Die Verständigung auf eine Mehrheitsposition ist bedeutend schwieriger und langwieriger geworden. Kleine Parteien gewinnen überproportional an Bedeutung.

Dabei darf man eines nicht vergessen, Kommunalpolitik ist nach wie vor ein Ehrenamt. Die Komplexität der politischen Entscheidungen, gerade auch der kommunalpolitischen, hat aber in den letzten 20 Jahren überproportional zugenommen. Debatten mit bis zu 13 Fraktionen, Gruppierungen und Parteien, wie in Bochum, sind zeit- und kraftaufreibend. Von der Frage der Vereinbarkeit des kommunalpolitischen Ehrenamts mit Familie und Beruf ganz zu schweigen.

Da ist es gut, dass wenigstens bei den Bezirksvertretungen ab der nächsten Kommunalwahl die Sperrklausel von 2,5% gilt. Letztlich darf man das auch als Stärkung der Stellung der Bezirksvertretungen in den kreisfreien Städten sehen. Aber, so wichtig dieser Aspekt auch ist, er kann nicht über die negativen Auswirkungen des Urteils hinweg trösten. Ja, jede Stimme soll gleich viel wert sein. Aber Politik in den Räten muss zukünftig auch praktikabel bleiben. Das scheint das Verfassungsgericht aber nicht so sehr zu interessieren.

Schulstunden für die Landtagsabgeordneten Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Schule und Unterricht, wie man ihn nicht jeden Tag erleben kann, haben am letzten Montag Carina Gödecke und Karsten Rudolph sogar ein wenig mitgestalten dürfen.

Die Christopherus-Schule, eine Förderschule in Elternträgerschaft die nach dem Waldorf-Konzept arbeitet, hatte die Bochumer Landtagsabgeordneten eingeladen, einfach vorbeizukommen und mitzumachen, um so die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die besonderen Förderbedarf haben, ganz praktisch kennenzulernen. Gesagt, getan! Gleich drei unterschiedliche Jahrgangsstufen wurden besucht. Die 5. Klasse, bei der Heimatkunde auf dem Plan stand, und in der - zur großen und freudigen Überraschung der Landtagsabgeordneten - das Steigerlied gesungen wurde. Danach ging es in die 11. Klasse, die sich mit Politik beschäftigte und viele Fragen rund um das Thema „Wählen“ hatte. Und den Abschluss bildete die 6. Klasse, die auch auf dem Foto zu sehen ist, und voller Begeisterung über den Schwimmunterricht erzählte. Selbstverständlich wurde der Besuch, der übrigens auch unter dem



Schwimmunterricht erzählte. Selbstverständlich wurde der Besuch, der übrigens auch unter dem

Aktionsmotto des Verbandes Deutscher Privatschulen NRW „Tage der Freien Schulen in Nordrhein-Westfalen – Schenken Sie uns eine (Schul-)Stunde Ihrer Zeit“ stattfand, auch für ein intensives Gespräch mit der Schulleitung und den Lehrern genutzt.

Zwei Dinge wurden bei diesem Schulbesuch fest verabredet: erstens im nächsten Jahr besucht die 11. Klasse den Landtag, eben „das große schöne Gebäude am Rhein“ wie eine Schülerin ins Schwärmen geriet. Und weil es bis zum nächsten Jahr noch etwas hin ist, gab es im Nachgang diese Einladung auch noch schriftlich. Und zweitens wurde festgehalten, dass der Kontakt künftig noch intensiver gepflegt werden soll. Auch hier gilt: gesagt, getan! Die Folgebesuche müssen jetzt nur noch terminiert werden.

Serdar Yüksel empfängt Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Initiative Joblinge

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Initiative Joblinge besuchten am Dienstag, den 28. November, den Landtagsabgeordneten Serdar Yüksel in Düsseldorf.

Die Initiative setzt sich für arbeitssuchende Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen ein und versucht die Jugendlichen beim Start in die Berufswelt zu unterstützen.

Die Jugendlichen bekamen die Möglichkeit an einem Einführungsvortrag teilzunehmen, um einen Einblick in die parlamentarische Arbeit des Landtags NRW zu erhalten. Im Anschluss



darin gab es ein gemeinsames Gespräch mit Serdar Yüksel, bei dem die Jugendlichen diverse politische Fragen zur Berufs- und Arbeitswelt mit dem Abgeordneten diskutieren konnten.

Der Landtagsabgeordnete machte darauf aufmerksam, dass es wichtig ist, den Jugendlichen eine entsprechende Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Hier sind insbesondere die Arbeitgeber in der Pflicht – in Angesicht des Fachkräftemangels – ausreichende Ausbildungsangebote zu liefern.

Vorlesetag 2017 – diesmal bei den Vorschulkindern der UniKids

Seit 14 Jahren schon lädt die „Stiftung Lesen“, gemeinsam mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ und der Deutschen Bahn Stiftung ein, am Tag des Lesens eine Kita, eine Schule, eine soziale Einrichtung oder ähnliches zu besuchen und den Kindern vorzulesen.



Carina Gödecke hat erneut am Vorlesetag teilgenommen und in diesem Jahr den Vorschulkindern „Wackelzähne“ der UniKids Bochum aus „Feuerwehrmann Sam“ und den „Besten Kindergartengeschichten“ vorgelesen. „Vorlesen macht einfach Spaß -den Kindern, aber auch mir selbst. Und wenn ich mit meiner Beteiligung am Vorlesetag ein wenig dazu beitragen kann, das Vorlesen stärker ins Bewusstsein von uns Eltern und Großeltern zu

rücken, umso besser“, fasst Gödecke ihre Motivation zusammen.

Karsten Rudolph zu Besuch beim Graduierteninstitut NRW

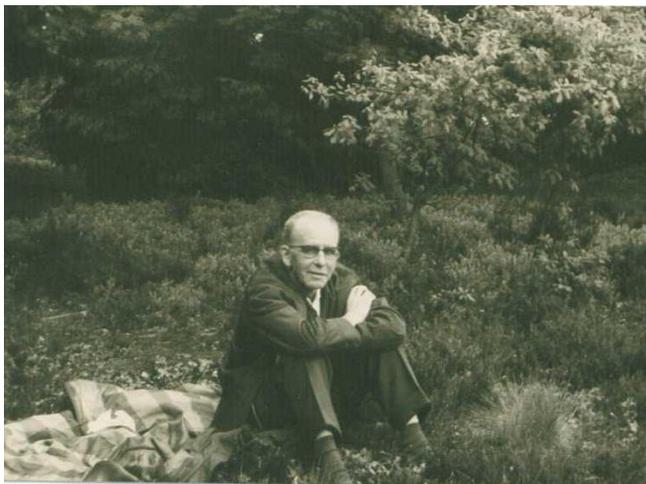
Seit Anfang 2016 ist Bochum auch Standort des Graduierteninstituts NRW (GI NRW). Das GI hat den hochschulgesetzlichen Auftrag, kooperative Promotionen an Fachhochschulen, Hochschulen und Universitäten auszubauen und Forschung besser zu vernetzen.

„Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muss das Ziel aller im Wissenschaftsbetrieb Tätigen sein“, so Karsten Rudolph, „das GI NRW leistet hierfür einen sehr wichtigen Beitrag.“ Grund genug für den heimischen Abgeordneten sich die Arbeit des noch recht jungen Institutes vom Vorsitzenden Prof. Dr. Martin Sternberg und der Geschäftsführerin Dr. Carolin Schuchert vorstellen zu lassen.



Herzstück des Graduierteninstituts sind die Fachgruppen u.a. aus den Bereichen Digitalisierung, Soziales und Gesundheit oder auch Ressourcen, dort findet die hochschulübergreifende Vernetzung statt, dort verabreden Promovierende und Professoren Forschungs- und Promotionspläne. Daneben bemüht sich das Graduierteninstitut derzeit möglichst viele neue universitäre Fakultäten als Partner zu gewinnen, um die Fachgruppen auf eine breite Basis zu stellen.

Veranstungshinweis: SPD Wattenscheid erinnert an Jupp Kappius



Quelle: <https://www.juppkappius.de/photos>

Josef (Jupp) Kappius, geboren am 3. November 1907 in Bochum und gestorben am 30. Dezember 1967, war Mitglied im Internationalen sozialistischen Kampfbund (ISK) und ein Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Nach dem 2. Weltkrieg engagierte er sich als sozialdemokratischer Politiker und war Mitglied des Nordrhein-Westfälischen Landtages.

Besondere Erwähnung findet in Historikerkreisen zumeist, dass Jupp im Frühjahr und Sommer 1944 in Zusammenarbeit mit dem Amerikanischen OSS (Vorläufer der CIA) einen Schulungskurs in Schottland absolvierte und anschließend mit

dem Fallschirm am 1. September 1944 aus einem Flugzeug über dem Emsland absprang. Er begab sich ins Ruhrgebiet, wo er an alte Kontakte aus den Gewerkschaften und dem ISK anknüpfend ein Netz von Kontakten und Widerstandsgruppen aufbaute.

Im Rahmen unserer Veranstaltung wollen wir im 50. Todesjahr an Jupp Kappius und sein Wirken erinnern. Unsere Gedenkveranstaltung findet am Mittwoch, den 13. Dezember 2017, um 18.00 Uhr, in Centrum Cultur am August-Bebel-Platz 2 a, in 44866 Bochum-Wattenscheid statt.

Anmeldungen nimmt Serdar Yüksel (serdar.yueksel@landtag.nrw.de) gerne entgegen. Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Beerdigt die Landesregierung das Sozialticket?

Der WDR nannte die Ankündigung der schwarz-gelben Landesregierung das Sozialticket abzuschaffen „die 40-Millionen-Dummheit“ und nur die massiven Proteste von SPD und Sozialverbänden haben jetzt dazu geführt, dass die Landesregierung diese Entscheidung zunächst bis zum kommenden Jahr zurück nimmt - angeblich um die Kürzungspläne noch einmal zu überdenken und das Sozialticket einer nicht näher konkretisierten „Neuordnung“ zu unterziehen.

Wie es danach konkret weiter geht, bleibt völlig offen. Den Beweis für diese Ahnungslosigkeit lieferte schwarz-gelb dann auch heute in der von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Beerdigung 1. Klasse für das Sozialticket? Die Mitte-Rechts-Koalition ist eine Koalition der sozialen Kälte!“. 300.000 Menschen haben bislang von dem vergünstigten Ticket profitiert und wissen aufgrund des verantwortungslosen Handelns der Landesregierung nicht, ob sie sich Mobilität zukünftig weiter leisten können.

Die SPD-Fraktion wird das weitere Vorgehen von Ministerpräsident Laschet und seinem Verkehrsminister Wüst genau beobachten, dabei kann man unbestritten mit den Verkehrsverbänden über eine transparente und gerechtere Preisgestaltung streiten – dennoch, ohne finanzielle Zuschüsse des Landes wird das Sozialticket keine Chance haben.

[Drucksache 17/1318](#)

Mitte-Rechts-Koalition lässt Langzeitarbeitslose im Stich!

Der von CDU und FDP eingebrachte Haushaltsentwurf 2018 sieht massive Kürzungen beim von der SPD-geführten Vorgängerregierung eingeführten sozialen Arbeitsmarkt vor. CDU und FDP haben nun einen Antrag zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit vorgelegt, in dem dieser entsprechend unerwähnt bleibt. Der soziale Arbeitsmarkt soll schwer vermittelbaren Arbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern; er finanziert Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

CDU und FDP wollen Langzeitarbeitslose vorrangig in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln und verkennen dabei, dass nicht alle langzeitarbeitslosen Menschen – z.B. durch Vermittlungshemmnisse wie Krankheit oder Sucht – jemals eine echte Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben werden. Um auch diesen Menschen eine Perspektive zu eröffnen, brauchen wir einen staatlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt.

[Antrag von CDU/FDP: Drucksache 17/1283](#)

Schwarz-Gelb schwächt die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten

Seit über 20 Jahren gehören die Integrationsräte zu den kommunalen Pflichtgremien in Nordrhein-Westfalen. Sie bieten Bürgerinnen und Bürgern mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft und Staatenlosen die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene politische Vertreterinnen und Vertreter für ihre Interessen direkt zu wählen. Die Integrationsräte sind Teil einer gewachsenen Struktur zur Förderung von Teilhabe und Integration, die NRW bei dieser Aufgabe eine deutschlandweite Vorreiterrolle zukommen lässt. CDU und FDP haben nun die Verpflichtung zur Einrichtung von Integrationsräten in den Kommunen in Frage gestellt. Dem treten wir entschieden entgegen: Wir fordern den Erhalt der Integrationsräte in ihrer jetzigen Organisationsform und darüber hinaus ihre Stärkung durch bessere Beteiligungsformate.

[Drucksache 17/1287](#)

Studie belegt Insektenschwund: Landesregierung muss Maßnahmen ergreifen

Das Wissenschaftsjournal PLOS ONE veröffentlichte im Oktober eine Studie, die den starken Rückgang von Insekten in Deutschland dokumentiert. Bei den fliegenden Insekten (z.B. Bienen, Falter, Wespen) ermittelte die Studie einen Rückgang von durchschnittlich 76 Prozent. Dieser Schwund bedroht die Pflanzen- und Artenvielfalt in Deutschland und NRW. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, mit Wissenschaftler/innen, Naturschützer/innen und Landnutzer/innen einen wirksamen Maßnahmenkatalog gegen das Insektensterben zu erarbeiten. Wir wollen, dass in Naturschutzgebieten der Einsatz von Pestiziden drastisch reduziert wird. Weiterhin muss mit einem Forschungs- und Insektenrettungsprogramm eine Umkehr dieser Entwicklung eingeleitet werden.

[Drucksache 17/1289](#)

Weitere Informationen



Serdar Yüksel



Carina Gödecke



Karsten Rudolph

V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL, Karsten Rudolph MdL,
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2502